

Kultur- und Wirtschaftsordnung in der VR China: Korporativismus und begrenzter Individualismus

Carsten und Ute Herrmann-Pillath

Kultur und Wirtschaftsordnung

Westliche Beobachter der chinesischen Wirtschaftsreform neigen dazu, den augenscheinlich 'pragmatischen' Kurs dieser Politik als Ausdruck einer fundamentalen Konzeptionslosigkeit zu begreifen. Anlaß dieser Meinung ist der deutliche Kontrast zwischen der neuen Wirtschaftspolitik und orthodox-sozialistischen Konzepten einerseits und den maoistischen Zielvorstellungen der Vergangenheit andererseits; er scheint nur erklärbar, wenn man davon ausgeht, daß zur Zeit weltanschaulich-theoretische Fragen in China weitgehend in den Hintergrund gedrängt und durch einen trial-and-error-Prozeß ersetzt worden sind, dessen Ziele nur sehr vage und wenn, dann in materiellen Kategorien formuliert werden.

Ein solches Bild gibt die chinesischen Vorgänge in zweierlei Hinsicht falsch wieder: Erstens, es wird nicht beachtet, daß der wirtschaftspolitische Suchprozeß durch intensive theoretische Diskussion Impulse und Richtung erhält, (1) und zweitens, gleichermaßen unbeachtet bleiben historisch-kulturelle Rahmenbedingungen, die ein gleichwohl pragmatisches Handeln implizit vorstrukturieren. Letzteres soll Thema der nachfolgenden Überlegungen sein: Es wird die These vertreten, daß die gegenwärtige chinesische Reformpolitik unter anderem wesentlich geprägt ist durch kulturell tradierte Präferenzen für bestimmte Formen sozialer Organisation. In der Sprache der wirtschaftlichen Ordnungstheorie bedeutet dies, daß die Rolle 'gewachsener' Ordnungsfaktoren im Gegensatz zu 'gesetzten' zu untersuchen ist; (2) d.h. es wird die rational-sozialtechnologische Komponente der wirtschaftspolitischen Entscheidungsfindung bewußt ausgeblendet, um kulturelle Tiefenstrukturen in den Vordergrund zu rücken.

Die Wirtschaftswissenschaft ist sich seit jeher der Bedeutung kultureller Faktoren als Teil des Datenkranzes wirtschaftlicher Ordnungen bewußt. (3) Wenn auch im Sinne Max Webers die Entstehung moderner Industriegesellschaften typischerweise verbunden ist mit einer Ausdehnung kulturell invarianter Bereiche gesellschaftlicher Rationalität, (4) so muß dennoch beachtet werden, daß es ökonomische Probleme gibt, deren Lösung nicht im Rahmen eines Rationalkalküls möglich ist; an seine Stelle treten dann soziale Regeln, Konventionen und Institutionen der verschiedensten Art. (5) Das vielleicht bedeutsamste Problem dieser Art ist das der Organisation arbeitsteiliger Tätigkeiten von Individuen, wenn diese Tätigkei-

ten in komplexer Weise interdependent sind derart, daß Informations-, Motivations- und Entscheidungsprozesse nicht über die einfachen Kommunikationssysteme z.B. preislich selbstregulierter Märkte ablaufen können. In der Tat ist es die Beobachtung des organisatorischen Verhaltens von Mitgliedern einer Gesellschaft, die deren spezifisches kulturelles Erbe in der Domäne ökonomischer Ratio offenbar werden läßt; konkreter Ausdruck dieses Erbes sind z.B. Charakteristika der Arbeitsmotivation oder des Autoritätsverhaltens. (6)

Die Chinakunde hat nun immer wieder betont, daß wirtschaftliche Phänomene im chinesischen Zusammenhang nicht ohne einen Rekurs auf Geschichte und Kultur adäquat erfaßt werden können. (7) Insbesondere die Beobachtung der Auslandschinesen und ihres wirtschaftlichen Erfolges hat vor dem Hintergrund anderer Kulturen deren spezifisches organisatorisches Verhalten zu Bewußtsein kommen lassen. In diesem Zusammenhang sind auch die umstrittenen Thesen der politischen Kulturforschung relevant, denn Organisationen sind politische Mikrosysteme. (8)

Andererseits müssen die vielfältigen Hinweise von chinesischer Seite auf die aktuelle Relevanz des Faktors 'Kultur' beachtet werden. Hier sind zwei große Themenbereiche zu unterscheiden: Zum einen die immer wieder auftretende Kritik am Fortbestand "feudaler" Traditionen im gesellschaftlichen Leben, zum anderen aber die Forderungen nach einer positiven Rezeption spezifisch chinesischer kultureller Verhaltensregeln im Bereich sozialer Interaktionen. Die Kritik am "Feudalismus" (9) bezieht sich auf Phänomene wie die Überlagerung formal-rationaler Organisationsstrukturen oder legaler Regelsysteme durch persönliche Beziehungen ('guanxi') mit starken Loyalitätsbindungen, oder die Tendenz zur Legitimation von Autorität durch Macht und weniger durch Kompetenz; sie spricht damit Aspekte der sozialen Realität an, die von der Sozialwissenschaft in der Tat als genuin 'chinesisch' identifiziert worden sind. Während diese kritische Haltung zur Tradition jedoch einen Widerspruch zwischen dieser und dem Modernisierungsziel im Sinne einer möglichst rationalen und effizienten Gestaltung der Gesellschaft erkennt, (10) waren es die postkulturrevolutionären Phänomene der Anomie – die sich unter anderem in Motivationskrisen und einer extremen Reduktion des Gehaltes sozialer Beziehungen auf die kurzfristig-pekuniäre Dimension äußern (11) –, die den Wert traditioneller Normen, insbesondere bei Fragen der politischen Führung, im weitesten Sinne bewußt werden ließen. Damit kamen Überlegungen auf, die z.B. eine Modernisierung des betrieblichen Managements in einem Atemzug mit der Forderung nach 'spezifisch chinesischen' Organisationskonzepten nennen. (12)

Beide Positionen betrachten im Grunde nur je eine Seite derselben Sache. Während die erste gewachsene Ordnungsgefü-

ge als Hemmnis der Implementation gesetzter rationaler Regeln wahrnimmt, erkennt die zweite an, daß gesetzte und gewachsene Ordnungen eine sinnvolle Einheit bilden müssen; beiden geht es darum, angesichts einer gegebenen sozialen Realität das Verhältnis von Staat und Wirtschaft entwicklungseffizient zu gestalten.

Die Existenz dieser sozialen Realität blieb vielen chinesischen Politikern und auswärtigen Sozialwissenschaftlern gleichermaßen lange Zeit verschlossen. Ein Paradebeispiel ist hier die Frage der sozialen Organisation im Agrarsektor. Hier schien es zunächst, (13) daß der revolutionäre Staat über einen organisatorischen Totalitarismus tatsächlich ganz entsprechend dem Bild Max Webers und später Parsons traditionelle partikularistische Sozialstrukturen durch universalistische, sozialtechnologisch implementierte Regeln ersetzte; der 'Sprung in die Moderne' schien vor allem abhängig von Fragen organisatorischer Effizienz. (14) Im Verlauf der siebziger Jahre mußte dieses Bild von der planerischen Allmacht des Staates jedoch einem wesentlich differenzierteren weichen, (15) dessen wichtigster Zug die Anerkennung des interaktiven Charakters sozialer Planung ist: Dies bedeutet konkret, daß unter den chinesischen Bedingungen jede politische Maßnahme, Weisung oder Regelung nolens volens einen quasi symbolischen Wert besitzt (16) und einen realen Sinn erst im Medium spezifischer sozialer Situationen erhält; zwischen Politik und Dorf lag stets ein Schleier, bei dessen Passieren staatliche Weisungen durch konkrete Interessen vor Ort interpretiert und instrumentalisiert wurden, ein Vorgang, den selbst die Praxis der Verschickung von 'Arbeitsgruppen' nicht aufheben konnte. (17) Mit der Wende zur Wirklichkeit unter Deng Xiaoping verdichtete sich dieser Schleier wieder zu einer direkt wahrnehmbaren sozialen Realität: Längst totgeglaubte Organisationsformen und Interessengruppen gewinnen neue Vitalität, und die chinesische Gesellschaftsordnung auf dem Lande findet zu einer lange Zeit verleugneten Kontinuität zur Zeit vor 1949 zurück. (18)

Paradoxerweise war es gerade die bilderstürmerische Kulturrevolution, die die Macht der Tradition unter der Oberfläche politischer Symbolik voll zum Tragen brachte und in dieser Hinsicht bis heute Nachwirkungen besitzt. Das Beispiel des Dorfes ist hier nur eine der möglichen Illustrationen. (19) Die kulturrevolutionäre Schwächung planerischer Hierarchien hatte überall zur Folge, daß scheinbar allgemeingültige politische Chiffren zum Vehikel der Formation partikularer Interessen wurden, die zum Teil große Konfliktpotentiale in sich bargen.

Genau dieser letzte Punkt entspricht nun aber nach heutiger Kenntnis der Dinge einer spezifisch chinesischen Tradition der Organisation. Besonders wichtig für diese Sichtweise sind die

in den sechziger Jahren begonnenen Diskussionen um die Rolle der Verwandtschaftsbeziehungen (Lineage, Clan) in der sozioökonomischen Struktur der traditionellen chinesischen Gesellschaft; hier wurde zusehends deutlich, daß die Verwandtschaftssysteme als partikularistische Beziehungen par excellence kein Datum der sozialen Interaktion sind, sondern Instrumente der Selbstorganisation in dem Falle, daß Interessen oder Aufgaben bestehen, deren Umsetzung eine Gruppenkohäsion über das normale Maß hinaus erfordert. (20) Die wirtschaftliche Organisation unterscheidet sich damit keinesfalls von anderen Organisationsformen: Stets geht es im Sinne des klassischen 'guanxi'-Modells (21) darum, bestimmte gemeinsame Interessen von Individuen über korporative Gruppen durchzusetzen und die hierbei erforderliche Kohäsion durch eine bestimmte organisationale Ideologie zu gewährleisten, die durch eine symbolische Überhöhung bestimmter Gemeinsamkeiten der Gruppenmitglieder entsteht - hier kann es sich um Verwandtschaft handeln, aber genau so gut um eine gemeinsame geographische Herkunft oder eine gemeinsame Vergangenheit. Die organisatorische Flexibilität im sozioökonomischen Bereich hängt wesentlich mit dieser Fähigkeit zur Gruppenbildung zusammen und hier insbesondere mit der Fähigkeit, organisationale Ideologien nach ihrer Effizienz aus der Perspektive des Organisationszwecks 'auszuwählen' - ein wichtiges Beispiel ist hier die zum Teil geringe Bedeutung von Verwandtschaftsbeziehungen in ökonomischen Interaktionen. (22)

Sangren (23) zieht aus anthropologischer Perspektive daher auch die Konsequenz, daß 'spezifisch chinesische' Organisationsweisen nicht in konkreten Organisationstypen, wie z.B. den Clan-Organisationen, zu suchen seien; falsch sei es auch, partikularistische Beziehungen an sich als Grundlage von Organisationen zu betrachten, wie dies im klassischen 'guanxi'-Modell geschehe; stattdessen müsse man sich auf die Regeln und Normen konzentrieren, die der Bildung und Organisation partikularer Interessen und Gruppen zu Grunde liegen, und hier vor allem auf bestimmte fundamentale Funktionsweisen der entsprechenden Korporationen. Sangren weist hier auf einige Punkte hin, die beispielsweise auch aus der Arbeit Pyes vertraut sind. Es sind dies: Die Präferenz für eine spezielle Mischung aus Hierarchie und Komitee-Prinzip bei der Entscheidungsstruktur, d.h. es besteht zwar eine Linienhierarchie, auf den einzelnen Stufen wird jedoch Autorität über mehrere Personen verteilt, so daß Verantwortung nicht eindeutig personalisiert ist; eine besondere Form von Partizipation in der Weise, daß Wahlen entsprechend dem Aufbau dieser Hierarchie stattfinden, d.h. die Basis wählt die oberste Leitung nie direkt; bei der Entscheidungsfindung wird Wert auf Konsens gelegt, d.h. mit einer Entscheidung werden gruppeninterne Interessengegensätze zu Gunsten der 'Einheit' ('tuanjie')

formal aufgehoben; schließlich die Rotation von Verantwortung und Ämtern. (24)

Auf dieser Grundlage ist es nun möglich, die recht allgemein gehaltene herkömmliche Formulierung (25) kulturspezifischer Charakteristika chinesischen Wirtschaftsverhaltens näher zu konkretisieren, die schlicht davon sprach, daß ökonomische Beziehungen stets eine partikularistische Dimension erhalten, die beispielsweise für die Reduktion von Unsicherheit in Kreditbeziehungen sachliche Relevanz besitzt. Arbeiten wie die DeGloppers (26) haben jedoch die oben getroffene Aussage unterstützt, daß diese partikularistische Dimension auch aus der Sicht der Beteiligten als ein Mittel zum Zweck zu betrachten ist, das besonders dann von Bedeutung ist, wenn ein rein ökonomischer Kalkül nicht angewendet werden kann. Damit bestätigt sich die allgemeine wirtschaftstheoretische Identifikation der Schnittstelle von Kultur und Wirtschaftsordnung auf der Ebene der Organisation.

Das Thema des vorliegenden Aufsatzes kann dementsprechend ebenfalls näher präzisiert werden. Sucht man kulturspezifische Gestaltmarkmale der chinesischen Wirtschaftsordnung, so müssen diese vor allen Dingen in drei Punkten vermutet werden: Erstens, eine Priorität individueller Interessen bei der Bildung partikularistischer Beziehungen, zweitens, im Falle der Interdependenz dieser Interessen die Aufhebung möglicher Konfliktpotentiale und Gegensätze im Rahmen konsensstiftender Gruppenprozesse, und drittens, die spezielle Gestalt dieser Gruppenprozesse. Es kann gezeigt werden, daß die Reformpolitik bestimmte Lenkungsprinzipien installiert, die in diesen drei Punkten eine enge Verbindung zur Tradition besitzen. Diese Prinzipien werden unter dem Begriff 'Korporativismus' zusammengefaßt. Ohne hier irgendwelche politischen Implikationen zu intendieren, resultiert diese Bezeichnung aus der offensichtlichen Ähnlichkeit zwischen bestimmten reformpolitischen Maßnahmen und der Politik des 'Korporativismus' im faschistischen Italien. (27) Allgemeine Merkmale einer entsprechenden Wirtschaftspolitik sind: die Anerkennung des Individualprinzips und der Verzicht auf eine umfassende staatliche Planung, die Einbindung der verschiedenen Beteiligten bei ökonomischen Interaktionen in formal organisierte Verbände, die konkreter Ausdruck eines sozialen Harmonie- und Einheitsdenkens sein sollen, und die Umsetzung staatlicher Zielvorstellungen unter anderem mit Hilfe einer massiven Präsenz staatlicher Vertreter in diesen Verbänden. Es wird zu zeigen sein, daß diese allgemeinen Kennzeichen im Zuge der chinesischen Reformen zusehends an Bedeutung gewinnen.

Ein eingeschränktes Individualprinzip

Ein häufig schwerwiegendes Problem der Chinakunde besteht darin, einen nur ungenügenden Abstand zu ihrem Untersuchungsobjekt zu wahren und daher immer wieder eine Fülle impliziter Werturteile zu fällen. Dies gilt auch für die Reformpolitik, die ganz unabhängig von politischen Positionen manche Beobachter zu eher zynischen Kommentaren veranlaßt. (28) Eines der Leitmotive solcher Kommentare ist der Verweis auf das Menschenbild der Reformen, das vornehmlich von materiellen Faktoren geprägt sei und einen egoistischen und schwachen Menschen als Datum betrachte. (29) In der Tat muß man davon sprechen, daß in der letzten Zeit sozialistische Solidaritätsideale zusehends ökonomischen Überlegungen untergeordnet werden; hier werden Sätze formuliert, die ohne weiteres der Feder eingefleischter europäischer Liberaler entstammen könnten – ein Beispiel von vielen ist die offizielle Haltung zum Problem der Unterentwicklung im eigenen Land. (30) Eigentliche Hilfe sei ein allgemeines Wachstum, konkrete Hilfe müsse primär in indirekten flankierenden Entwicklungsmaßnahmen bestehen; entscheidend seien aber die unternehmerische Eigeninitiative und die Aufgabe von Passivität und Almosenmentalität. Das Prinzip des äquivalenten Tausches gilt heute in China in jedem Bereich; es ist verbunden mit einer chinesischen Variante des Individualprinzips.

Man mag hier einen Widerspruch zur kommunistischen Staatsverfassung erkennen und damit letztlich einen machtpolitischen Zynismus. Hierbei vergißt man jedoch, daß entgegen mancher auch unter Sinologen verbreiteten Vorstellungen die traditionelle chinesische Kultur von einem spezifischen Individualprinzip und der Idee der materiellen Reziprozität geprägt war und ist. (31) Es sei hier nur auf einige Punkte verwiesen, ohne diese Frage näher zu diskutieren. Erstens, die traditionelle Sozialisation chinesischer Kinder (32) isoliert nach einer Phase des weitgehenden *laissez-faire* in den ersten Lebensjahren das einzelne Individuum emotional; die Familie als Gruppe wird durch Autorität auf der Grundlage von Macht legitimiert, wobei solidarischeres Verhalten primär als Pflichterfüllung gegenüber den Forderungen konkreter Personen erfolgt, weniger durch ethisch autonome Entscheidungen. (33) Zweitens, auf dieser Grundlage begreift sich das Individuum in sozialen Interaktionen ganz allgemein als vereinzelt und empfindet eine starke Spannung zwischen Innerlichkeit und äußeren Verhaltensnormen, deren Bruch mit starken emotionalen Sanktionen verbunden ist. (34) Drittens, dementsprechend sind soziale Beziehungen auch partikularistischer Natur getragen von der Erwartung ausgleichender Reziprozität und nicht dominiert von rein emotionalen Bindungen; die Stabilität der Familie beruht wesentlich auf der Verlässlichkeit ihres

normativen Fundamentes und einer entsprechend möglichen langfristigen Realisation von Reziprozität.(35) Viertens, traditionelle chinesische Gemeinschaften, wie z.B. das Dorf und die Lineage, waren und sind daher nie Solidargemeinschaften im eigentlichen Sinne,(36) sondern lose Gruppierungen von Individuen oder Familien, die nur rein zweckgebunden kooperativ handeln, in solchen Fällen eher kurzfristig kalkulierende Reziprozitätsrechnungen anstellen, und die ansonsten im ökonomischen Bereich primär marktorientiert handeln.(37)

Welche Konsequenzen kann ein solcher kultureller Hintergrund für ordnungspolitische Vorstellungen haben? Zu bedenken ist, daß das euro-amerikanische Konzept der Marktwirtschaft weit in die Vergangenheit zurückreichende Wurzeln in der abendländisch-christlichen Kultur hat, hier insbesondere im Zusammenhang des Individualprinzips.(38) Wird das chinesische historische Erbe sozialphilosophisch überhöht und theoretisch zusammengefaßt,(39) dann ergibt sich auf der einen Seite die eindeutige Anerkennung des Individuums als Ursprung des Phänomens 'Gesellschaft', solange es an seiner ethischen Perfektion arbeitet; geschieht dies im Normalfall aber nicht mit Erfolg, ist ein mögliches abweichendes Verhalten aufzufangen in den vielfältigen Abhängigkeiten des Einzelnen von seiner unmittelbaren sozialen Umgebung, die letztlich die Summe aller Verbindlichkeiten aus Reziprozität repräsentiert. Genau hier liegt der entscheidende Unterschied zwischen dem europäischen und dem chinesischen Individualprinzip: Die Idee der Steuerung des Einzelnen durch materielle Anreize im weitesten Sinne im Rahmen rechnungsmäßig ausgeglichener Sozialbeziehungen wurde in Europa über die Idee des 'Marktes' auf eine eher abstrakte Gesellschaft angewendet; in China wurde die prinzipiell gleiche Idee auf die konkrete soziale Umgebung des Einzelnen übertragen - Ordnungsmacht sind nicht abstrakte Gesetze des Marktes oder des Staates, sondern ist die Gruppe als unmittelbarer Träger von Reziprozität.(40) Das nach wie vor kursierende Klischee vom 'Gruppengeist' der Chinesen geht daher auf ein grundlegendes Mißverständnis dieses Individualprinzips zurück.

Soweit einige Betrachtungen allgemeiner Natur. Wendet man sich der heutigen Reformpolitik zu, wird unmittelbar deutlich, daß ihre Grundsätze in der Tat eine weitgehende Kontinuität zur kulturellen Tradition Chinas aufweisen. Nicht ohne Grund gehörte zu den ersten Schritten auf dem Wege zu einer reformpolitischen Theoriebildung nach dem Sturz der Viererbande die Rehabilitation des Nutzenbegriffs im Sozialismus.(41) Dies geschah zunächst in Bezug auf das Klassenkonzept: Die neue Sozialphilosophie spricht zwar davon, daß ein 'gemeinsamer Klassennutzen' sich vom individuellen unterscheidet und auch auf einer höheren Ebene anzusiedeln sei, dies dürfe aber kei-

nesfalls zu dem Schluß veranlassen, daß der 'Klassennutzen' unabhängig vom individuellen sei – im Gegenteil bleibe jede Form kollektiver Interessen letztlich fundiert in den durch sie repräsentierten partikularen Nutzen; diese grundlegende Abhängigkeit bedeute, daß jede Negation des individuellen Nutzens zu Gunsten des kollektiven gleichzeitig den Sinn des letzteren aufhebe. (42) Bezog sich diese Argumentation noch auf die Auseinandersetzung mit kulturrevolutionärem Gedanken- gut, so wurde sie jedoch bald verallgemeinert und zog in dieser Form direkte ordnungspolitische Konsequenzen nach sich. Der Gedankengang ist hier folgender: Solange die gesellschaftlichen Produktivkräfte nicht soweit entfaltet sind, daß eine rein bedürfnisorientierte Verteilung materieller Güter realisierbar ist, ist es unmöglich, kollektive Nutzenkonzepte unabhängig von partikularen oder individuellen zu formulieren. Die sozialistische Gesellschaft weist nach wie vor unaufhebbare Widersprüche zwischen den materiellen Interessen ihrer Teile auf. (43) Hier ist ein wichtiger Aspekt ihres Charakters einer Übergangsgesellschaft zwischen Kapitalismus und Kommunismus zu erkennen – die Differenz zum Kapitalismus besteht in der Abschaffung der Ausbeutung und einer konsequenten Realisation des Prinzips des äquivalenten Tausches. Die Vorstellung einer rein solidarischen Kooperation zwischen Individuen beispielsweise ist eine ethische Illusion und ein Vorgreifen auf den Kommunismus – Sozialbeziehungen im Sozialismus sind immer von materieller Reziprozität geprägt. (44) Erst diese Reziprozität vermag den Widerspruch zwischen partikularem und kollektivem Nutzen aufzuheben. Dies bedeutet konkret mit Blick auf ordnungspolitische Fragen, daß der Staat prinzipiell nicht in der Lage ist, stellvertretend die Realisation kollektiver Interessen durchzusetzen: Wenn dies geschieht, dann müssen entsprechende Verpflichtungen von Teilen der Gesellschaft stets mit äquivalenten Rechten verbunden sein, wobei 'quanli' (Recht) und 'liyi' (Nutzen) im Sinne des den Wörtern gemeinsamen 'li' untrennbar sind (45) – dieser Gedanke ist die sozialphilosophische Grundlage des Konzeptes vom 'Verantwortungssystem' und damit eines zentralen Elementes der Reformpolitik. (46) Eine solche stellvertretende Repräsentation des Kollektivs ist jedoch dann nicht erforderlich, wenn die Interaktion von Trägern partikulärer Interessen auch autonom zu einer Aufhebung von Nutzenwidersprüchen führt; in diesem Fall realisieren die Mechanismen der 'Warenwirtschaft' – vor allem das Wertgesetz – das Prinzip des äquivalenten Tausches, und eine staatliche Planung ist nicht erforderlich bzw. sogar störend und unangebracht. (47) Damit ist die sozialphilosophische Begründung der Einführung von Marktbereichen erfolgt.

Die Propagation derartiger Überlegungen kann ohne Schwierigkeit als 'spezifisch chinesisch' im Sinne der oben skizzierten Traditionen identifiziert werden. Das Bild ist je-

doch unvollständig, wenn man die Bedeutung der Gruppe für die Realisation von Reziprozität verkennt. Dieser Punkt wird im nächsten Abschnitt ausführlich behandelt werden; hier soll nur ein kurzer Blick auf die Konzepte im Zusammenhang der Leistungslohnsysteme erfolgen. Im Verhältnis zwischen Unternehmen und Beschäftigtem bedeuten Leistungslöhne äquivalenten Tausch; (48) ihre Implementation darf jedoch nie unabhängig betrachtet werden von partizipativen Elementen der Unternehmensstruktur: Wenn beispielsweise Werkstätten nach dem Prinzip des Verantwortungssystems innerhalb eines Unternehmens bestimmte Leistungsverpflichtungen und Prämienverträge eingehen, dann muß innerhalb der Werkstattgruppe die Lohnverteilung partizipatorisch entschieden werden – der Reformler Jiang Yiwei spricht hier im Idealfall davon, daß die gruppeninterne Verteilung von einem 'relativen Egalitarismus' gekennzeichnet sein sollte im Gegensatz zu den Beziehungen zwischen Gruppen. (49) Allgemein gilt, daß jede Form unternehmensinterner Reziprozität in Partizipation eingebettet sein muß; ist ein Unternehmen zu groß, um eine Verwirklichung von Gruppenregelungen auf der Ebene der Betriebsversammlung erreichen zu können, so müssen – ganz im Sinne des oben erläuterten Komitee-Prinzips – Hierarchien partizipatorischer Institutionen geschaffen werden, die jeweils bestimmte Befugnisse innerhalb ihrer sozialen Umgebung besitzen. (50)

Unternehmer und korporative Strukturen

Das Zusammenspiel von Individualprinzip und Gruppenbindung im Rahmen einer korporativistischen Wirtschaftspolitik soll nun am Verhältnis zwischen Fabrikdirektoren und anderen wirtschaftlichen Organen illustriert werden. Die Reformpolitik hat eine Abschwächung direkter staatlicher Eingriffe mit sich gebracht, was die formale Planung betrifft; inzwischen ist hinlänglich bekannt, daß offenbar diese formale Autonomie über informale Kanäle der verschiedensten Art beschnitten wird – oft in einem Maße, daß sie nur noch auf dem Papier existiert. Es soll hier gezeigt werden, daß diese Reformprobleme auch notwendige Folgen bestimmter wirtschaftspolitischer Maßnahmen sind, die ihrerseits Wurzeln in der traditionellen Kultur besitzen: Die Abgrenzung autonomer Entscheidungsbereiche im Sinne des Individualprinzips und die entsprechende Realisation ökonomischer Reziprozität in den Beziehungen zwischen Wirtschaftseinheiten werden bewußt überlagert von korporativen Strukturen, die Gruppenprozessen wesentlich Raum geben, insbesondere in Form des traditionellen Komitee-Prinzips.

Zunächst muß kurz die Bedeutung des Individualismus für die Rolle des Fabrikdirektors erläutert werden. Nach den ver-

schiedenen Wandlungen chinesischer Betriebsverfassungen seit 1949, die früh die sowjetische Einmannleitung durch eine Diffusion der Autorität im Parteikomitee ersetzen, (51) gelangt die Reformpolitik zunächst zu einer neuen Bekräftigung des Individualprinzips in der Unternehmensleitung; im Gegensatz zur sowjetischen ausschließlichen Betonung von Pflicht und Verantwortung werden jedoch im Zusammenhang der zunehmenden Marktöffnung chinesischer Unternehmen aktive und kreative Aspekte des Individuums betont. Nach einem neuen Handbuch für Fabrikdirektoren ist das leitende Individuum die Schlüsselfigur eines leistungsfähigen Unternehmens. (52) Der 'sozialistische Unternehmer' besitzt von der Produktionsarbeit deutlich zu unterscheidende dispositive Aufgaben, die auch nicht verwechselt werden dürfen mit rein technologischen Führungsfunktionen – der Fabrikdirektor ist zwar eine leitende Persönlichkeit im 'braintrust' eines Unternehmens, besitzt aber seinerseits eine spezifisch unternehmerische Rolle. Im Zuge des Gestaltwandels des chinesischen Unternehmens ('zhuan xing') ist er der individuelle Träger innovatorischen Verhaltens, der Marktstrategie und -taktik entscheidend prägt; seine Persönlichkeit muß daher bestimmte Charakteristika haben: Im eher sachlichen Bereich analytische Fähigkeiten, Entscheidungskraft, Organisationstalent, Gespür im Umgang mit Menschen; was aber die Innovation als eigentlichen Ausdruck des Unternehmertums betrifft, so sind einige nicht nur rationale, sondern ausgeprägt emotionale Komponenten unverzichtbar, nämlich Neugierde und die Bereitschaft, nichts als selbstverständlich zu betrachten, Sensibilität gegenüber Problemen und eine ständige Unzufriedenheit mit dem Erreichten, ungebrochenes Selbstvertrauen und Risikobereitschaft auch bei Mißerfolg, Unabhängigkeit von Konventionen und Althergebrachtem und schließlich – Romantik, d.h. visionäre Begabungen.

Daß eine derartige Betonung des Individuums als Unternehmer ganz im Sinne augenblicklicher wirtschaftspolitischer Vorstellungen der Pekinger Führung erfolgt, illustrierte beispielhaft die vom Staatsrat im Frühjahr 1984 propagierte Erfolgsgeschichte des Zhejianger Fabrikdirektors Bu Xingsheng, der sich zum Teil mit starkem Widerstand höherer Verwaltungs- und Parteiorgane seit 1980 einer selbständigen Umstrukturierung 'seines' Kollektivunternehmens zugewendet und hierbei eine Umorientierung zum Markt und zum Konsumenten vollzogen hatte. Seine Bereitschaft zur Innovation, sei es im Bereich der Produktion, sei es aber auch im Verhältnis zwischen Staat und Wirtschaft, ließen ihn als Muster eines 'sozialistischen' Unternehmers erscheinen. (53) Wenn hier auch natürlich die Frage des persönlichen Profits nicht angesprochen wird, so steht dennoch außer Zweifel, daß das Individualprinzip im Sinne der Identifikation der Interessen des Fabrikdirektors mit denen

des Unternehmens im Gegensatz zu unternehmensübergreifenden Interessen volle Gültigkeit erhält. Wie eine Umfrage im Herbst 1985 zeigte, (54) entspricht eine solche Identifikation dem Selbstverständnis von über 70% der Fabrikdirektoren selbst in der staatseigenen Industrie. In Publikationen und Konferenzen drückt sich dieses Selbstverständnis aus in nachhaltiger Kritik an irregulären Eingriffen der Verwaltung in die unternehmerischen Entscheidungen und an verschiedenen Entwicklungen bei der Umstrukturierung der Industrie, die häufig Entscheidungsrechte weg von Betrieben hin zu neuen Konzernleitungen verlagern. (55) Insbesondere die Idee der Marktöffnung und die Betonung der Innovationsfähigkeit des Managers scheinen zusehends allgemeine Zustimmung zu finden. (56)

Formalrechtlich schuf die Reformpolitik in zweierlei Weise die notwendigen Rahmenbedingungen eines unternehmerischen Individualismus im Bereich der Industrie. (57) Die bekannten Bestimmungen zur Ausweitung der Autonomie von Staatsunternehmen vom Mai 1984 und wesentlich weitergehende Regelungen zur kollektiven Industrie (58) schufen nach Maßgabe der Dringlichkeit staatlicher Nachfragestrukturen die verschiedensten Zugangsmöglichkeiten zu freien Märkten. Was diese externen Bedingungen betrifft, so ist vielleicht noch bemerkenswerter, daß das Phänomen 'Wettbewerb' mit all seinen Konsequenzen wirtschaftspolitische Anerkennung erfährt - unter anderem - in Form von wettbewerbspolitischen Regelungen, wie Antimonopolveranstaltungen, Warenzeichen- oder Patentgesetzen. (59) Unternehmensintern ist auf der anderen Seite die beträchtliche Stärkung der Rolle des Fabrikdirektors zu Ungunsten des Komitee-Prinzips in den neuen Konzepten zur Betriebsverfassung entscheidend: (60) Seine Autorität gilt für die meisten Aspekte taktischer und operativer Planung; Komitee-Entscheidungen werden wenn, dann nach fachlichen Zuständigkeiten gefällt, d.h. in Form einer Konsultation von Chefindingenieuren oder anderen Ressortchefs; nach wie vor begrenzt bleibt seine Autonomie im strategischen Bereich, wo das Parteikomitee wichtige Befugnisse besitzt. Kristallisationspunkt dieser externen und internen Veränderungen ist die Anwendung des Konzeptes des 'Verantwortungssystems' auf die Person des Fabrikdirektors: (61) Pflicht und Autonomie sollen im oben skizzierten Sinne sich die Waage halten, indem staatliche Anforderungen an das Unternehmen in vertraglich festgelegte 'Verantwortungen' umgesetzt werden, zu deren Erfüllung sich der Direktor persönlich verpflichtet. In diesem Zusammenhang finden auch offene Stellenausschreibungen statt, die unternehmerischen Begabungen Wahlfreiheiten bieten. (62) Hier ist zu beachten, daß derartige Verträge formal oft über Jahre einen Jahresplan-Interventionismus der Wirtschaftsverwaltung ausschalten, und daß sie häufig globale Effizienz-

und Gewinnkennziffern festlegen, nicht aber unternehmenspolitische Details; zudem werden direkte materielle Gratifikationen im Falle eines Erfolges zugesichert.

Diese Skizze formaler Aspekte des Individualprinzips stellt jedoch die Umgebung unternehmerischen Handelns unvollständig dar. Ein ohne Zweifel sehr bedeutsames Kennzeichen dieser Umgebung ist ihre Strukturierung durch Korporationen; der Begriff 'Korporation' übersetzt hier vor allem das chinesische 'xie hui' und bezeichnet ein wenig beachtetes Element der Reformpolitik. (63) Dieses Konzept wurde zu Beginn der achtziger Jahre unter anderem vom Reformtheoretiker Jiang Yiwei propagiert: (64) Er schlug vor, zwischen Staat und Unternehmen als intermediäres entwicklungs- und industriepolitisches Lenkungsorgan Branchenverbände ('hangye xiehui') zu gründen, die eine harmonische Verbindung von Autonomie und erforderlicher Entwicklungsplanung gewährleisten sollen. Diese Verbände sind deutlich zu unterscheiden von Konzernen oder ähnlichen Unternehmensverbänden, die z.B. im Rahmen von Ministerien entstehen ('gongsi', 'xingzhengxing gongsi'). Sie sind vielmehr lose vereinsähnliche Verbindungen, die auf freiwilliger Mitgliedschaft beruhen und unter Leitung eines gewählten Vorstandskomitees mit Hilfe einer eigenen Organisation die verschiedensten Aufgaben übernehmen, wie z.B. die Transmission technischer Neuerungen, Marktforschung und die Vermittlung von Marktinformationen, Strukturpolitik, Standardisierung, Preisregulierungen und nicht zuletzt auch den Ausgleich zwischen staatlichen und unternehmerischen Interessen, wobei durch die Nutzung dieser Dienste für die Unternehmen reziproke Verpflichtungen entstehen.

Jiangs Vorschlag wurde bereits im Jahre 1980 begleitet von der durch Staatsrat und Partei angeregten Gründung der ersten Korporation in der Verpackungsindustrie. 1985 gab es bereits 95 derartiger Verbände. Die Zeitschrift 'Jingji guanli' (65) beschreibt ihre Funktionsweise folgendermaßen und verweist dabei in aufschlußreicher Weise auf die - wenn auch 'feudale'-Tradition der Zünfte im alten China.

Im Zuge der Reformpolitik hat sich die administrative branchenspezifische Industriepolitik als völlig unzureichend und inflexibel erwiesen, weil die herkömmliche ministerielle Gliederung ('bu men') nur selten Branchengrenzen berücksichtigt; zudem werden Zugriffsmöglichkeiten ohnehin immer geringer. Branchenverbände weisen demgegenüber wichtige Vorteile auf, da sie nach dem Prinzip der Freiwilligkeit und Selbständigkeit gebildet werden ('ziyuan jiehe er cheng de minjian hangye zuzhi'): Sie sind unabhängig von administrativen und regionalen Grenzen und setzen damit das Branchenprinzip konsequent durch; sie sind spezialisierter und besitzen regionale Unterverbände, so daß der Kontakt zum einzelnen Unternehmen wesentlich enger ist; der Informationsfluß wird

zudem verbessert, weil nicht nur Produktionsbetriebe, sondern beispielsweise auch Forschungsinstitute Mitglieder sein können; die konsequente Verfolgung des Produktprinzips bei der Verbandsbildung bedeutet, daß Unternehmen je nach Bedarf in verschiedenen Verbänden Mitglied sein können, so daß sich komplexe informatorische Verflechtungen ergeben. Auf dieser Grundlage vermag der Branchenverband – ganz im Sinne der Forderungen Jiang Yiweis – eine aktive Ordnungsfunktion zu übernehmen und 'blinde Entwicklungen' zu verhindern ('mangmu fazhan'). Hierbei ist insbesondere sein partizipatorisches Fundament erfolgsbestimmend; sollte eine zu starke organisatorische Verselbständigung erfolgen – sei es gegenüber dem Staat, sei es gegenüber den Unternehmen –, dann verfehlt er seinen Zweck.

Die Praxis vermittelt nun allerdings Hinweise, daß diese genaue Abgrenzung der Verbandsfunktionen nur schwer zu realisieren ist. Bezeichnend ist, daß Verbände häufig die Richtung von Umstrukturierungsmaßnahmen bestimmen: Zwei Jahre nach der Gründung des oben genannten ersten Verbandes dieser Art und einer weiteren im Bereich der Lebensmittelindustrie entstand prompt ein Trust, der Unternehmen des einschlägigen Maschinenbaus umfaßt. (66) Tonangebend bei ihrer Arbeit sind wohl oft semi-staatliche Institutionen, wie z.B. im Falle der Bildröhrenbranche der Gewerkschaftsteilverband der Verteidigungsindustrie in Verbindung mit einem elektrotechnischen Konzern; hier wird auch klar von 'staatlicher Hilfe' gesprochen ('min ban guan bang') – dennoch gilt auch hier ein partizipatorisch verstandenes Komitee-Prinzip. (67) Dieser Verband übernahm seit 1980 folgende Aufgaben: Er war ein allgemeines Informationszentrum und organisierte verschiedene 'Wettbewerbe' ('jing sai', nicht 'jing zheng') zwischen den beteiligten Fabriken; es wurden technologische Standardisierungsmaßnahmen durchgeführt und ein einheitliches Rechnungswesen entwickelt; er fungierte als eine Lobby im Zusammenhang von Importbeschränkungen ausländischer Konkurrenzprodukte; technologische Innovationen wurden durch Prämien gefördert und über den Verband zu einem Selbstkostenpreis verbreitet; er unterhielt Kontakte zu anderen Industriezweigen, half bei der Einführung leistungsfähiger Managementformen und übernahm Bildungsmaßnahmen.

Es wird also deutlich, daß die Korporationen in wesentlicher Hinsicht den Charakter des Wettbewerbs ('jing zheng') innerhalb der Reformpolitik prägen. Als Branchenverbände heben sie auch dann, wenn die staatliche Planung im engeren Sinne nicht mehr direkt in die Unternehmensaktivitäten eingreift, die Schärfe von Konkurrenzbeziehungen zwischen Unternehmen auf. Hier ist besonders entscheidend, daß offenbar die Verbandsmitgliedschaft mit einem Verzicht auf eine selbständige Nutzung kurzfristiger ökonomischer Gewinnpotentiale durch

Innovation verbunden ist und damit entsprechende Regelungen des Patentgesetzes und anderer Verordnungen zum Technologietransfer im Grunde irrelevant werden. (68) Damit wird ein wichtiges Element des Wettbewerbs ausgeschaltet. An seine Stelle treten Komitee-Entscheidungen: Der Markt und sein Prinzip ökonomischer Reziprozität werden ersetzt durch Verhandlungen zwischen Fabrikdirektoren über die Vermittlung der Korporation und das Prinzip des Konsenses auf der Grundlage 'gemeinsamer Interessen' (69) der Branche im Ganzen.

Die 'hangye xiehui' sind nun allerdings nicht die einzige Form von Korporationen, in deren Rahmen Marktprozesse durch Gruppenverhandlungen und Komitee-Entscheidungen eingebunden werden. Ähnliche Organisationsprinzipien gelten für die 'Unternehmensverbindungen' ('qiye lianheti') und die 'Konglomerate' ('qun ti' oder 'qun chang'), die ebenfalls deutlich von den 'gongsi' zu unterscheiden sind, obgleich auch sie natürlich Vorformen echter Konzerne sein können. Für diese Korporationsformen besteht ebenfalls das Prinzip der Freiwilligkeit der Mitgliedschaft, die Delegation gewisser Entscheidungsbefugnisse an ein gewähltes Leitungskomitee, die Gleichberechtigung der Mitglieder im Verhältnis zueinander und eine prinzipielle Reziprozität der Beziehungen. Das Leitungskomitee übernimmt wieder wichtige Aufgaben bei der Strukturpolitik und der technologischen Modernisierung. Der wichtigste Unterschied zu den 'xie hui' besteht darin, daß die Grundlage der Bildung korporativer Beziehungen unabhängig vom Branchencharakter der beteiligten Unternehmen erfolgt: Hier sind recht allgemeine funktionale Kriterien anwendbar; zumeist handelt es sich um Unternehmen, die in irgendeiner Form horizontale oder vertikale Leistungsverflechtungen aufweisen, die im Zuge der Reform nicht mehr durch die staatliche Planung reguliert werden, oder Unternehmen, deren Teilbereiche (oder auch ganze Betriebe) arbeitsteilig bestimmte Produkte herstellen können. (70) Wirtschaftspolitische Bedeutung erhält das Konzept vor allen Dingen durch die Vorstellung, daß derartige Korporationen ein wichtiges Bindeglied zwischen Stadt und Land bzw. zwischen technologisch-ökonomisch fortschrittlichen und rückständigen Wirtschaftseinheiten sein können. (71) Regulatives Prinzip soll zwar der 'gegenseitige Nutzen' ('hu li') sein, Vermittler aber nicht nur der Markt. Unternehmerisches Handeln im Sinne des oben skizzierten Individualprinzipes geschieht daher stets eingebunden in Gruppenprozessen.

Offenbar liegt in der chinesischen Reformpolitik generell die Tendenz vor, Personen oder Wirtschaftseinheiten, die in irgendeiner Form bei relativer Autonomie in ökonomischen Beziehungen stehen, durch semi-formale Verbindungen ohne eindeutige Autoritätszuweisungen an eine bestimmte Stelle zu verknüpfen. Dies gilt beispielsweise auch für die Beziehungen

zwischen Fabrikdirektoren und kreditgebenden Banken. Einerseits soll hier vermehrt ein ökonomischer Kalkül von Marktcharakter Anwendung finden; andererseits entstehen allerorts lokale Planungs- und Entwicklungskomitees, deren Mitglieder Vertreter der Verwaltung, der Banken, der Partei und schließlich auch bedeutender Unternehmen sind, und die kreditpolitische Einzelmaßnahmen nach dem Konsensprinzip aushandeln. (72)

Diese Feststellung gibt die Veranlassung, die Perspektive noch etwas auszuweiten, denn offenbar liegen auch in anderen Bereichen der chinesischen Wirtschaft korporative Strukturen vor. Greift man das Stichwort Banken auf, so fällt auch hier ein Spannungsverhältnis von Individual- und Komitee-Prinzip auf. Die Reformpolitik vollzieht wichtige Schritte auf dem Wege einer Ausweitung der Autonomie einzelner Bankeinheiten. Formal werden Rechte und Pflichten, insbesondere im Verhältnis zur neuen Zentralbank, genau abgegrenzt. (73) Es gibt klare Bestrebungen und Versuche, diese neue Autonomie im Sinne eines unternehmerischen, gewinnorientierten Handelns der einzelnen Bankleitungen umzusetzen. (74) Auf der anderen Seite gewinnt jedoch die Institution der 'gemeinsamen Sitzung' ('lian xi huiyi') eine immer größere Bedeutung: Auf Provinz- und Kreisebene tagen unter der Leitung der Volksbank regelmäßig Vertreter der verschiedenen Kreditinstitutionen – nicht nur die eigentlichen Banken – und stimmen kreditpolitische Maßnahmen aufeinander ab, wobei Vertreter der regionalen Verwaltung häufig teilnehmen und ihre Entwicklungsvorstellungen einbringen; ähnliche Konferenzen finden auf lokaler Ebene auch zwischen Zweigstellen der verschiedenen Spezialbanken statt. (75) Eine potentielle Konkurrenz oder Formen direkter ökonomischer Beziehungen, wie die Kreditvergabe zwischen Finanzinstitutionen, werden so in Komitee-Verhandlungen eingebunden und 'partikularisiert'.

Andere wichtige Beispiele für solche semi-formalen Institutionen einer 'Verbundplanung' finden sich auch außerhalb des hier bislang betrachteten staatseigenen Sektors der Industrie und der Banken. Ein Hinweis auf das Kollektiveigentum war schon erfolgt. Insbesondere im Zusammenhang der städtischen Reform- und Strukturpolitik werden auch für die in Zukunft wesentlich autonomeren Kollektivbetriebe im Handwerk verschiedene korporative Formen eingerichtet, die die ehemaligen Funktionen der staatlichen Verwaltung in abgeschwächter Form übernehmen und unregelmäßige Entwicklungen ('wu zhengfu zhuangtai') verhindern sollen: Nationale und regionale 'xie hui', genossenschaftähnliche Verbindungen ohne eigenen Rechtsstatus ('jiti suoyou zhi lianshe') und mit Branchencharakter, sowie natürlich die oben skizzierten Unternehmensverbindungen. Bei den 'lianshe' tritt die Absicht einer Vermittlung zwischen staatlichem und Unternehmensinteresse beson-

ders deutlich hervor. (76)

Korporationen spielen auch bei der Einzelwirtschaft eine Rolle; neben der Frage des Status der Fabrikdirektoren wird hier die spezielle wirtschaftspolitische Gestaltung des Individualprinzips besonders deutlich. Die 'Ergänzenden Regelungen' zur nicht-landwirtschaftlichen Einzelwirtschaft vom April 1983(77) verordnen ausdrücklich die Gründung des Selbstverwaltungsorgans 'Vereinigung der Beschäftigten in der Einzelwirtschaft' ('geti laodong zhe xiehui') auf regionaler und Branchenebene. Auch sie soll eine Mittlerposition zwischen Verwaltung und Betrieben einnehmen und wird durch die lokalen Regierungen und Parteiorgane 'geführt' ('lingdao'). Ihr para-fiskalischer Charakter wird besonders deutlich, wenn man beachtet, daß sie durch Zwangsbeiträge ihrer Mitglieder zu finanzieren ist und unter anderem die Einhaltung staatlicher Gesetze und Verordnungen zu überwachen hat, daß sie Funktionen bei der Steuereintreibung übernimmt, oder daß sie die Beachtung staatlicher Preisvorschriften kontrolliert. Ganz allgemein übernimmt die Vereinigung Aufgaben im ideologischen Bereich und im Bereich einer allgemeinen Kontrolle des Wirtschaftsgebarens privater Unternehmer. In gewisser Weise ähnelt ihre Arbeit der der alten Gilden – in dieser Hinsicht besonders bemerkenswert ist die Rückkehr zum Prinzip der Erfassung von Unternehmern und abhängig Beschäftigten in einer Organisation unter Umgehung der Gewerkschaften; dies ist ein besonders deutlicher Ausdruck des korporativen Harmoniegedankens, der sich praktisch in der Schlichtungs- und Konfliktvermeidungsfunktion der Einzelwirtschafts-'xie hui' umsetzt. Inzwischen gibt es diese Einrichtungen in fast allen Kreisen und Kreisstädten Chinas. (78)

Schlußbetrachtung

Der vorliegende Aufsatz schlug einen recht weiten Bogen von allgemeinen Charakteristika der traditionellen chinesischen Kultur zu speziellen institutionellen Entwicklungen der heutigen Reformpolitik. Dieser Bogen mag zum Teil überspannt sein; in der Tat sind die Ausführungen nicht mehr als heuristische Notizen und erfordern eine wesentlich ausführlichere empirische Fundierung. Fest steht allerdings, daß ganz unabhängig vom Problem der Kultur die gegenwärtige chinesische Wirtschaftspolitik wesentlich zu kennzeichnen ist durch die Prinzipien 'Korporativismus' und 'begrenzter Individualismus', und daß insofern allein in diesem Zusammenhang bereits nicht von 'Konzeptionslosigkeit' zu sprechen ist. Grundgedanke dieser Politik ist, daß einerseits individuellen Interessen und Autonomie Raum zu geben ist und ökonomische Beziehungen zwischen Wirtschaftseinheiten und -subjekten vom Prinzip des

'gegenseitigen Nutzens'- der Reziprozität - reguliert werden sollen, andererseits aber diese Beziehungen nicht nur über rein ökonomische - im Sinne von Nutzenmaximierung und Kommunikation über Preise - Mechanismen ablaufen sollten, sondern über institutionell fest installierte laufende Kontakte innerhalb der Gruppe potentiell Betroffener, die beispielsweise ökonomische Konflikte beim Wettbewerb prophylaktisch durch Konsensentscheidungen in Komitees zu Preisen oder Produktionsentscheidungen aufheben kann. Hier scheint im Bereich der Wirtschaftspolitik Solomons These von der Furcht vor 'luan'(79) sich zu bestätigen; Markt ja, aber ein im Wesen partikularistisch geordneter.

Aus der Perspektive der westlichen Wirtschaftswissenschaft sind hier natürlich grundlegende wettbewerbspolitische Bedenken anzumelden. Das konkrete Bild der chinesischen Korporationen zeigt, daß das 'luan' des Wettbewerbs durch vielfältige Regulierungen aufgehoben wird bis hin zu einer völligen Dominanz oligo- und monopolistischer Wirtschaftsstrukturen; 'institutionelle Arthritis' im Sinne Mancour Olsons muß die notwendige Folge sein und damit ein Verlust jeglicher Entwicklungsdynamik. Eine solche Kritik ist ohne Zweifel berechtigt und findet in mancher Hinsicht auch Entsprechungen in Klagen chinesischer Fabrikdirektoren oder Bankleiter über zu enge Fesseln ihrer unternehmerischen Aktivitäten. Andererseits ist aber zu bedenken, daß hier kulturelle Faktoren einem Systemwandel bestimmte Grenzen ziehen: Taiwanesishe Unternehmer beispielsweise zeigten bei Befragungen eher eine Abneigung gegen liberale Wettbewerbskonzepte.(80) Aus diesem Grunde wurde hier die These vertreten, daß die reformpolitischen Entwicklungen in China unter anderem wesentlich bestimmt sind durch eine Wechselwirkung zwischen Kultur und Wirtschaftsordnung.

Anmerkungen

- (1) Dieser Punkt wird in der demnächst erscheinenden Studie behandelt: Herrmann-Pillath, Carsten: Die Wechselwirkung zwischen Reformtheorie und Reformpolitik in der VR China, in: Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, 1 (1987); vgl. auch Lin, Cyril Chihren: The reinstatement of economics in China today, in: The China Quarterly, 85 (1981), pp.1-48.
- (2) Vgl. Hayek, F.A.v.: Law, Legislation, and Liberty, Vol. I: Rules and Order. Chicago/London 1973.
- (3) Vgl. Eucken, Walter: Die Grundlagen der Nationalökonomie, Berlin u.a., 1965 (8.Aufl.) oder Montias, John Michael: The Structure of Economic Systems. New Haven/London 1976, pp.22, 298f.

- (4) Eine jüngere Variante dieses Argumentes findet sich bei Gellner, Ernest: Nations and Nationalism. Oxford 1983.
- (5) Hierzu allgemein: Schotter, Andrew: The Economic Theory of Social Institutions. Cambridge et al. 1981.
- (6) Die Folgen bestimmter organisationaler Verhaltensweisen für die ökonomische Effizienz versuchte beispielsweise Leibenstein, Harvey: Beyond Economic Man. Cambridge/London 1976, im Konzept der 'X-Efficiency' theoretisch zu fassen; allgemein vgl. die einschlägigen Passagen in: Türk, Klaus: Soziologie der Organisation. Stuttgart 1978.
- (7) Mit besonderem Nachdruck geschieht dies durch Perkins, D.H.; vgl. ders.: Introduction: The Persistence of the Past, in: ders. (ed.): China's Modern Economy in Historical Perspective. Stanford 1975, pp.1-18, sowie ders.: Research on the economy of the People's Republic of China: a survey of the field, in: Journal of Asian Studies, 43 (1983), 2, pp.360f.
- (8) Ihr Wert wird besonders bei komparativen Betrachtungen deutlich, vgl. allgemein die Beiträge von Meyer, Alfred G.: Cultural revolutions: the uses of the concept of culture in the comparative study of communist systems, und Dittmer, Lowell: Comparative communist political culture, in: Studies in Comparative Communism, 16 (1983), 1/2; illustrativ für eine Anwendung im ökonomischen Bereich ist L.W. Pye: Chinese Commercial Negotiating Style. Cambridge/Königstein 1982. Es sei angemerkt, daß auch die hier traditionell eher skeptische sowjetische Sinologie diese Konzepte neuerdings beachtet, vgl. Herrmann-Pillath, C.: Die chinesische Wirtschaftsreform im Spiegel sowjetischer Darstellungen, 1979-1986, Köln: Berichte des BIOst 1986, S.65ff.
- (9) Vgl. Jiang Xuemo: Shehuizhuyi jingji shi lun. Hunan renmin chubanshe 1982, S.114ff.
- (10) Hierzu auch umfassend Tang Tsou: Back from the brink of revolutionary-"feudal" totalitarianism, in: Nee, Victor/Mozingo, David (eds.): State and Society in Contemporary China. Ithaka/London 1983, pp.53-88.
- (11) Vgl. z.B. Gold, Thomas B.: After comradeship: Personal relations in China since the Cultural Revolution, in: The China Quarterly, 104 (1985), pp.657-675.
- (12) Besonders deutlich ist hier Jiang Yiwei: Jingji tizhi gaige he qiye guanli ruogan wenti de tantao. Shanghai renmin chubanshe 1985, S.447ff.; vgl. auch Autorenkollektiv: Chang zhang bi bei, zheng bian zeng ding ban. Beijing chubanshe 1985, S.23ff., wo ein neuer Kulturpatriotismus zu Tage tritt, als man darauf verweist, daß japanisches Managementpersonal chinesische Klassiker studiert.
- (13) Klassisch ist hier die Arbeit C.K. Yangs: Chinese Communist Society: The Family and the Village. Cambridge

- (Mass.) 1965; ähnlich auch Schurmann, F.: *Ideology and Organization in Communist China*. Berkely/Los Angeles 1966.
- (14) So noch Hazard, Barbara P.: *Peasant Organization and Peasant Individualism: Land Reform, Cooperation, and the Chinese Communist Party*. Saarbrücken/Fort Lauderdale 1981.
- (15) Inzwischen ebenfalls klassisch ist hier die Studie von Parish, W.L./Whyte, M.K.: *Village and Family in Contemporary China*. Chicago/London 1978, wo die Grenzen des staatlichen Einflusses auf dem Lande aufgezeigt werden.
- (16) Diesen Punkt radikalisiert - u.E. zu weitgehend - Pye, L.W.: *The Dynamics of Chinese Politics*. Cambridge (Mass.) 1981, pp.159ff.
- (17) Ein äußerst lebendiges Bild derartiger Vorgänge zeichnet Hinton, William: *Shenfan*. New York 1983.
- (18) Es sei nur ein Aspekt erwähnt: Konflikte werden offen entlang der Grenzen traditioneller Verwandtschaftsbeziehungen ausgetragen, vgl. Perry, Elizabeth J.: *Rural violence in Socialist China*, in: *The China Quarterly*, 103 (1985), pp.414-440.
- (19) Für den Bereich der Industrie vgl. Walder, Andrew G.: *Organized dependence and cultures of authority in Chinese industry*, in: *Journal of Asian Studies*, 43 (1983), 1, pp.51-76.
- (20) Einen handlichen Überblick der Literatur bietet Baker, Hugh D.R.: *Chinese Family and Kinship*. London/Basingstoke 1979; repräsentativ für die zur Zeit wohl dominierende Auffassung ist Strauch, Judith: *Community and kinship in Southeastern China: The view from the multi-lineage of Hongkong*, in: *Journal of Asian Studies*, 43 (1983), 1, pp.21-50, die zu dem Fazit gelangt, daß Verwandtschaftsbeziehungen eher den Charakter eines 'Idioms' hätten, als den einer fundamental prägenden Kraft.
- (21) Konzentriert zusammengefaßt bei Jacobs, Bruce J.: *The concept of Guanxi and local politics in a rural Chinese cultural setting*, in: Greenblatt, S.L. et al. (eds.): *Social Interaction in Chinese Society*. New York 1982, pp.209-236.
- (22) Dies betont z.B. Silin, R.H.: *Leadership and Values. The Organization of Large-scale Taiwanese Enterprises*. Cambridge/London 1976, pp.166f.; Verwandtschaftsbeziehungen werden genutzt, wenn dies sinnvoll ist, aber keinesfalls ökonomischen Überlegungen übergeordnet. Zum gleichen Urteil gelangt DeGlopper, D.R.: *Doing business in Lukang*, in: Willmott, W.E. (ed.): *Economic Organization in Chinese Society*. Stanford 1972, pp.297-326.

- (23) Sangren, Steven P.: Traditional Chinese corporations: beyond kinship, in: *Journal of Asian Studies*, 43 (1984), 3, pp.391-415.
- (24) Sangrens Schilderungen treffen sich aufschlußreich mit Schilderungen der Funktionsweise politischer Organe in der Volksrepublik, wie z.B. Pye, L.W.: *The Dynamics of Chinese Politics*, a.a.O. oder Oksenberg, Michael: *Economic policy making in China: Summer 1981*, in: *The China Quarterly*, 90 (1982), pp.165-194; problematisch ist allerdings die Frage der Rotation.
- (25) Vgl. Willmott, W.E.: Introduction, in: ders. (ed), op. cit., pp.1-8.
- (26) DeGlopper, op.cit.
- (27) Vgl. Hertner, Peter: *Wirtschaftspolitik des Faschismus in Italien*, in: Cassel, Dieter (Hrsg.): *Wirtschaftspolitik im Systemvergleich*. München 1984, S.145-164.
- (28) Zu dieser Problematik insgesamt vgl. Harding, Harry: *From China, with disdain: new trends in the study of China*, in: *Asian Survey*, 22 (1982), 10, pp.934-958.
- (29) So Vetter, Horst F.: *Chinas neue Wirklichkeit*. Frankfurt/New York 1983. S.35ff.
- (30) Vgl. *Guowuyuan gongbao*, 1985, 14, pp.452f.
- (31) Daran konnten auch eher 'populäre' Darstellungen nichts ändern; vgl. Lin Yutang: *My Country and My People*. London/Toronto 1936, pp.164ff. und eine moderne Variante bei Mabbett, Ian: *Modern China*. London/Sydney 1985, pp.66ff.
- (32) Klassisch ist hier natürlich die Darstellung R.H. Solomons: *Mao's Revolution and the Chinese Political Culture*. Berkeley et al. 1971, pp.28ff; vgl. aber auch Wolf, Margery: *Child training and the Chinese family*, in: Freedmann, Maurice (ed.): *Family and Kinship in Chinese Society*. Stanford 1970, pp.37-62. Die Schilderungen in Whyte, M.K./Parish, W.L.: *Urban Life in Contemporary China*. Chicago/London 1984, pp.167ff, zeigen, daß sich hier keine wesentlichen Änderungen vollzogen haben.
- (33) Vgl. Wilson, R.W.: *Moral behavior in Chinese society: a theoretical perspective*, in: ders. et al. (eds.): *Moral Behavior in Chinese Society*. New York 1981, pp.1-20.
- (34) Vgl. Saari, Jon L.: *Breaking the hold of tradition: the self-group interface in transitional China*, in: Greenblatt, S.L. et al. (eds), op.cit., pp.28-66. Die Arbeit bezieht eine eher historische Perspektive; gerade im Zusammenhang des Themas 'lian' stellte allerdings die Kulturrevolution eine Rückentwicklung der chinesischen Gesellschaft zu einem Zustand vor der Bewegung des Vierten Mai dar.
- (35) Vgl. Jacobs, Bruce J., op.cit.; klassisch ist hier Lien-Sheng Yang: *The concept of Pao as a basis for social rela-*

- tions in China, in: Fairbank, J.K. (ed.): Chinese Thought and Institutions. Chicago 1957, pp.291-309.
- (36) Man beachte, daß hier nicht unbedingt ein Gegenbeispiel zum 'Moral Economy'-Ansatz vorliegt, da offenbar kulturelle Faktoren von denen einer allgemeinen ökonomisch-egoistischen Rationalität schwer unterscheidbar sind.
- (37) Umfassend hierzu Myers, Ramon H.: The Chinese Peasant Economy. Cambridge 1970.
- (38) Vgl. Streissler, Erich: Einleitung, in: ders./Watrin, Chr. (Hrsg.): Zur Theorie marktwirtschaftlicher Ordnungen. Tübingen 1980. S.1-2.
- (39) Vgl. hierzu die einschlägigen Beiträge traditonalistischer Philosophen in: Moore, Charles A. (ed.): The Chinese Mind. Honolulu 1967; insgesamt natürlich Metzger, Thomas A.: Escape From Predicament. New York 1977.
- (40) Vgl. Yang, Lien-Sheng, op.cit.; Metzger, Thomas A., op.cit., spricht daher davon, daß individuelle Autonomie nicht unabhängig von 'Interdependenz' betrachtet werden kann.
- (41) Vgl. Dai Cheng: Zhongguo jingji lilun wenti de taolun. Renmin chubanshe 1983, S.17ff.
- (42) Ebd., S.27ff.
- (43) Vgl. Jiang Xuemo, op.cit., S.175ff.
- (44) Ebd., S.166ff; er kontrastiert ein illusorisches 'hu bang he zuo' mit dem realistischen 'hu bang hu li'.
- (45) Jiang Yiwei: Gongye guanli de tizhi wenti, in: Xue Muqiao et al.: Gongye jingji yu qiye guanli jiben zhishi jiangzuo. Zhongguo shehui kexue chubanshe 1982, S.48ff.
- (46) Hier handelt es sich ohne Zweifel um ein spezifisch chinesisches Organisationsmuster, vgl. Donnithorne, Audrey: China's Economic System, 2nd Impression. London 1981, unter dem Index-Eintrag 'responsibility system'.
- (47) Vgl. Liu Guoguang/Zhao Renwei: jihua tiaojie yu shichang tiaojie, in: Xue Muqiao et al., op.cit., S.60ff. oder Zhang Chaozun: "Jue ding" dui Makeshilieningzhuyi you na xie zhongyao fazhan?, in: Jingji kexue, 1985, 1, S.14-19.
- (48) Vgl. Zhang Weida: Lun jiazhiguilü zai shehuizhuyi jianshe zhong de zuoyong, Guilin renmin chubanshe 1981, S.88ff.
- (49) Jiang Yiwei: Jingji tizhi gaige he qiye guanli ruogan wenti de taolun, a.a.O., S.215ff.
- (50) Vgl. Jingji guanli, 1984, 6, S.40; 7, S.34ff; 8, S.25ff; 12, S.34ff; 1985, 3, S.75ff.
- (51) Vgl. hierzu ausführlich Schurmann, F., op.cit., S.239ff.
- (52) Autorenkollektiv: Changzhang bi bei, op.cit., S.3ff.
- (53) Vgl. Jingji guanli, 1984, 6, S.27ff; 7, S.4ff.; ein anderes Beispiel s. Zhongguo jingji nianjian, 1985, S.VIII-22ff.
- (54) Jingji guanli, 1985, 10, S.26.

- (55) Vgl. Jingji guanli, 1985, 1, S.77f, 2, S.6; 3, S.4; 6, S.14ff.
- (56) Vgl. Jingji guanli, 1985, 3, S.55ff; 6, S.50ff; 8, S.32ff.
- (57) Die Landwirtschaft wird im folgenden aus Raumgründen nicht berücksichtigt.
- (58) Zhongguo jingji nianjian, 1984, S.IX-56ff; 1985, A.X-27ff.
- (59) Zur im Ausland weniger beachteten Monopolfrage vgl. Guowuyuan gongbao, 1980, S.487ff und Diskussionsbeiträge wie die von Chen Dehua: Shi qiye zhenzheng cheng wei shangpin shengchanzhe he jingyingzhe, in: Jingji kexue, 1985, 1, S.8-13.
- (60) Vgl. Jingji guanli, 1984, 11, S.28ff; 12, S.37ff; 1985, 3, S.75f; oder Autorenkollektiv: Changzhang bi bei, op. cit., S.11ff.
- (61) Vgl. Jingji guanli, 1985, 9, S.37ff und Zhongguo jingji nianjian, 1985, S.X-28.
- (62) Vgl. Jingji guanli, 1985, 1, S.17ff; 3, S.31ff; 12, S.36ff.
- (63) Der Begriff 'Korporation' darf auf keinen Fall mit dem englischen 'Corporation' als Übersetzung von 'gongsi' verwechselt werden!
- (64) Jiang Yiwei: Jingji tizhi gaige he qiye guanle ruogan lilun wenti de tantao, a.a.O., S.51f, 147ff.
- (65) Jingji guanli, 1985, 9, S.70f.
- (66) Zhongguo jingji nianjian, 1985, S.V-106.
- (67) Jingji guanli, 1985, 10, S.9f.
- (68) Z.B. Guowuyuan gongbao, 1985, 3, 50ff.
- (69) Pye, L.W.: Chinese Commercial Negotiating Style, op. cit., S.76ff, identifiziert dies als kulturspezifische Eigenart chinesischen Wirtschaftsverhaltens.
- (70) Beispiele finden sich im Zhongguo jingji nianjian, 1985, S.V-101; VIII-12f, 19 oder den verschiedensten Ausgaben von Jingji guanli.
- (71) Vgl. Guowuyuan gongbao, 1986, 8, S.221ff.
- (72) Jingji guanli, 1984, 9, S.26f.
- (73) Vgl. umfassend Herrmann-Pillath, Carsten: Zum institutionellen Rahmen der chinesischen Wirtschaftsreform: Geplante Warenwirtschaft und Banksystem. Köln: Bericht des BIOst 23, 1985.
- (74) Vgl. Zhongguo jinrong, 1985, 2, S.10f, 14f, 31, 46ff; 3, S.23; 4, S.20.
- (75) Zum Vorstehenden Zhongguo jinrong, 1985: 8, S.30, 40, 48; 9, S.29; 10, S.41; 1986, 1, S.16f, 20f; 2, S.29ff.
- (76) Vgl. Jingji guanli, 1985, 5, S.20 und Zhongguo jingji nianjian, 1984, S.IX-59.
- (77) Zhongguo jingji nianjian, 1984, S.IX-55.
- (78) Zum Vorstehenden vgl. Autorenkollektiv: Laodong faxue. Qunzhong chubanshe 1983, S.307f, Zhongguo jingji nianjian, 1984, S.IX-125 und 1985, S.V-256, 258.

- (79) Solomon, R.H., *op.cit.*, S.99ff; die hier vorgelegten Überlegungen geben allerdings Metzgers Kritik an Solomon recht, die fordert, eine entsprechende Schlußfolgerung auf ein Dependenzbedürfnis durch die auf ein Interdependenzbedürfnis zu ersetzen.
- (80) Vgl. Olsen, Stephen M.: The inculcation of economic values in Taipei business families, in: Willmott, W.W. (ed.), *op.cit.*, S.261-196.

Summary

Culture and Economic System in the People's Republic of China: Corporativism and Restricted Individualism

Contributions to the theory of economic systems have shed considerable light on the interactions of cultural factors and economic rationality by supporting the thesis that the former are one of the decisive elements in the evolution of specific solutions to organizational problems. The paper adopts this point of view and tries to show that the current Chinese economic policies are partly determined by cultural preferences for particular organizational structures. Its starting point is a general characterization of traditional Chinese social behaviour: On the one hand individualism, reciprocity and the priority of material interests, on the other hand the restrictive integration of the egotistical individual into the reciprocal interdependence of the group. The latter point is stated more precisely with regard to organizational behaviour by following Sangren's study on traditional Chinese corporations which has identified as Chinese peculiarities: Clearly defined organizational hierarchies, but the diffusion of authority on the different levels by the predominance of group-decisions within committees; participatory elections on the respective levels but the exclusion of direct elections by the organizational basis; decisions by consensus; and the rotation of offices.

In the same vein the Chinese economic reforms can be characterized by referring to the fundamental principles of corporativism and restricted individualism. The individualistic dimension is reflected by the premises of current social philosophy which conceives individual interests and their realization as the foundation of collective welfare; accordingly, individual entrepreneurial behaviour in the market is valued positively as a main source of societal prosperity. But in contrast to the concepts of western liberalism the entrepreneurial action takes place within a peculiar Chinese social space restricting the possibilities of its expression. One of its most important elements are the different forms of corporative associations which provide the framework for reciprocal economic

interactions; above all the associations including the competitors within a branch of industry ('hangye xiehui') which are organized according to traditional principles: participation within a hierarchical structure, committees as leading bodies, resolving of conflicts by consensus. The associations take an intermediate position between the government and the enterprises and regulate interenterprise competition by group negotiations, thereby 'particularizing' the market. Similar institutions are more specific associations of the types 'qiye lianhe-ti' or 'qun chang'.

The crowding out of the market by traditional forms of organization can be observed in other fields of economic policy too. In the banking system strong tendencies toward a more entrepreneurial concept of banking activities are countervailed by the search for integration of conflicting interests by negotiations within regional committees under guidance of the People's Bank. The new autonomy of collective enterprises is accompanied by a proliferation of associations ('xiehui' and 'lian-she'). Finally, private entrepreneurial activities are regulated by local associations ('geti laodongzhe xiehui') functioning along the lines of traditional guilds.